

## Lesezeichen

## Den Kurs gehalten

Warum gilt Karl Carstens trotz seiner einzigartigen Karriere „als eher farblos und wenig faszinierend?“ Tim Szatkowski führt vor allem die „zurückhaltende Amtsführung“ als Bundestagspräsident von 1976 bis 1979 und dann bis 1984 als Staatsoberhaupt an. Viel gelesen hat der Biograph, wenn auch mehr Sekundärliteratur als Nachlasspapiere, um dem Leben des 1914 in Bremen geborenen und 1992 in Meckenheim verstorbenen Juristen und CDU-Politikers von den beruflichen Stationen her näherzutreten und dabei alles Private – mithin die einen Menschen ausmachenden Farbtupfer – auszublenken. Dazu hat wohl beigetragen, dass die Präsidentenwitwe sich weitergele, „Dokumente in großer Anzahl aus den Jahren vor 1945“ dem Forscherauge zugänglich zu machen. Seinen größten Einfluss übte der habilitierte Staatsrechtler sicherlich von 1960 bis 1966 als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes aus. Darüber hätte man gern mehr gelesen, wie auch die Schilderung der Phase als Spitzenbeamter des Verteidigungsministeriums 1967 und des Bundeskanzleramtes 1968/69 an der Oberfläche bleibt. In Fahrt kommt Szatkowski, wenn er die Kampagne gegen Carstens wegen dessen NSDAP-Mitgliedschaft beschreibt, während der Kandidatensuche für die Wahl des Bundespräsidenten. Die Beschuldigungen hätten Ende 1978 „ein wenig an Vehemenz“ verloren, als bekannt wurde, dass ausgerechnet Amtsinhaber Walter Scheel, „bislang für ein Großteil der Bundesbürger Symbol für beträchtliche Integrationskraft, 1942 in die NSDAP eingetreten war“. Als Scheel-Nachfolger in der Villa Hammerschmidt habe Carstens dem Zeitgeist widerstanden und „dezidiert die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands“ befürwortet. (Tim Szatkowski: *Karl Carstens*. Eine politische Biographie. Böhlau Verlag, Köln 2007. 577 S., 39,90 €.) RAINER BLASIUS

## Heidemaries Welt

Längst vorbei sind die Zeiten, als die als „rote Heidi“ bekannte, immer etwas lärmende Juso-Vorsitzende mit Ungestüm gegen das Establishment in der Bundesrepublik anrannte. Heute ist sie – wie der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan im Vorwort zu ihrem faktenreichen Rechenschaftsbericht schreibt – die international liebevoll genannte „Heidemarie“. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist bestrebt, politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt zu beseitigen oder zumindest einzudämmen. Ihr Credo lautet: Die Welt muss besser werden, wenn wir überleben wollen. Und weiter: Überleben kann die Menschheit letztlich nur, wenn Armut und soziale Ungerechtigkeiten beseitigt werden, wenn halbwegs Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter in der Welt erreicht werden und wenn eine die Ärmsten zuerst treffende Klimakatastrophe vermieden werden kann. In den leistungsvollsten Abschnitten ihres Buches beschreibt Frau Wiczorek-Zeul – in der Wahl mitunter weit ausgreifend – konkrete Hilfsmaßnahmen, etwa in Mittel- und Südamerika, in den vom Tsunami besonders betroffenen Ländern, vor allem aber in Afrika. Gerade hier hat sie sich bei sozialen Vorhaben eingesetzt, etwa gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten oder im Kampf gegen die Genitalverstümmelung. (Heidemarie Wiczorek-Zeul: *Weltbewegung*. Erfahrungen und Begegnungen. vorwärts buch, Berlin 2007. 262 S., 19,80 €.) DIRK KLOSE

## Uffz im Einsatz

Die Vermarktungsstrategie ist durchsichtig mit vorab geheimgehaltenem Autorennamen und wichtigem Uffz-„Top Secret“-Stempel auf dem Umschlag. Dennoch handelt es sich um einen lesenswerten Bericht eines Unteroffiziers über die Anfänge des Afghanistan-Einsatzes. Er erzählt von dem Kulturschock zunächst bei der Ankunft in dem fremden Land und dann, nach einem halben Jahr, in der fremd gewordenen Heimat. Er berichtet von alltäglichen Kämpfen mit der Bürokratie und Zusammenstößen mit ängstlichen Vorgesetzten. Das mag sich aus anderer Perspektive anders anhören. Allerdings bietet der Fallschirmjäger mit allerlei Spezialausbildungen, der in Kabul zeitweilig mit niederländischen Kommandosoldaten zusammen eingesetzt wurde, außergewöhnliche Geschichten. Am bewegendsten ist die Szene, in der ein kleines Mädchen mit einem „undefinierten Paket“ auf dem Arm auf den bewaffneten Soldaten zugeht, der es erst anspricht und – als es nicht stehenbleibt – mit Steinen bewirft, bis das Kind endlich weinend wegläuft. Erschüttert überlegt er sich, dass er es sonst hätte erschießen müssen. Dass Wohlgethan und sein Koautor Dirk Schulze am Ende den Leser auf eine Fortsetzung über „noch chaotischere“ Erlebnisse bei einem zweiten Afghanistan-Einsatz einstimmen, zeugt von Geschäftstüchtigkeit. (Achim Wohlgethan: *Endstation Kabul*. Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht. Econ Verlag, Berlin 2008. 304 S., 18,90 €.) STEPHAN LÖWENSTEIN

## Nur nichts in die Elbe werfen!

Die innerdeutschen Beziehungen der Jahre 1975/76 im Spiegel der Dokumente aus Bonn und Ost-Berlin

Seit dem Mauerbau 1961 lag die am 17. Juni 1953 durch Brandstiftung zerstörte HO-Gaststätte „Haus Vaterland“ mitten im Grenzstreifen in der Mondlandschaft des Potsdamer Platzes. Dem Abriss der durch Gebietstausch später im Westen gelegenen Ruine eines der ehemals größten Vergnügungspaläste Berlins erteilte die SED am 16. September 1975 ihren Segen. Zur „Durchführung“ dieses Beschlusses sollten nach einer Mitteilung an das Politbüro vom 29. Februar 1976 „in Expertengesprächen mit Vertretern des West-Berliner Senats die erforderlichen Details“ so geregelt werden, „dass für Personen, Gebäude, Einrichtungen und Grenzsicherungsanlagen der DDR kein Schaden entsteht“. Schadensminimierung durch Gespräche ist ein durchgehender Zug der Deutschland-Politik der Jahre 1975/76.

Tausend Seiten – Fernschreiben, Briefe, Botschaften, Noten, Protokolle, Thesen, Analysen, Erklärungen, Ausarbeitungen und Anlagen – zeugen vom Fleiß der Schreiber und Akteure, die viel Papier hinterlassen haben, darunter auch ein „Non-paper“ der Bundesregierung, ein „Kampfauftrag für den Bereich Kommerzielle Koordinierung“ und der „Befehl Nr. 1/75 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels“. Staatsmänner, Staatsdiener und Gesprächspartner im Schatten, sie alle haben – im Einzelfall gegen „ausdrückliche Weisung“, „nur mündlich vorzutragen und kein Papier zu hinterlassen“ – ihre Sicht der Dinge zu den Akten geschrieben oder schreiben lassen.

Bei der KSZE-Abschlusskonferenz in Helsinki im August 1975 traf Bundeskanzler Helmut Schmidt erstmals mit der „Nummer eins“ der DDR, SED-Generalsekretär Erich Honecker, zusammen. Die Begegnung wirkte fast „routinemäßig“. Über Herbert Wehner, den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, und dessen „Gesprächspartner“, den Ost-Berliner Anwalt Wolfgang Vogel, hatte Schmidt Anfang April 1975 „E.H.“ sein Interesse an einem ausführlichen Gespräch signalisiert. Die Verbindung bewährte sich einmal mehr. Kryptisch notierte Wehner: „Mein Gesprächspartner drückte es unter anderem so aus: Ich bin überzeugt, dass beide einander passend finden werden.“ Das Gespräch in Helsinki eröffnete Schmidt. Er bekannte sich zur „Weiterführung der



Deutsch-deutscher Gipfel am Rande der KSZE-Abschlusskonferenz in Helsinki: Erich Honecker und Helmut Schmidt Foto Sven Simon

1969 eingeleiteten Politik“ und bat Honecker, diese nicht nach „Spiegel“ oder „Springer-Presse“ zu beurteilen. „Dies gebe ein falsches Bild. Wenn Zweifel bestünden, so solle man besser den Bundeskanzler selber fragen. Die nötigen Kanäle seien ja geschaffen.“ Honecker revanchierte sich höflich („wir sind nüchterne Leute“), konnte sich jedoch nicht verkneifen, dem „Realpolitiker“ Schmidt das „neuerliche Wiedervereinigungsgespräch in der BRD“ vorzuhalten. Den Stich parierte der Kanzler staatsmännisch, indem er zunächst unter Hinweis auf die „Presse“ abwiegelte, um dann hinzuzufügen, niemand wisse, wie das 20. Jahrhundert enden werde. Und er vergaß nicht, auch

noch Salz in die Wunde zu streuen, indem er auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag hinwies – eine „Reliquie“ freilich nach der Einschätzung Wehners.

Die Deutschland-Politik vor und nach Helsinki spiegelt sich im zählenden Gewässer der Dokumente. Für die im Grundlagenvertrag programmatisch genannten Bereiche – unter anderem Rechts- und Kultur und Umwelt – konnten keine Abmachungen erreicht werden. Mit großen finanziellen Gegenleistungen wurden einzelne Verbesserungen der Verkehrs- und Umwelt- und „das Aufrechterhalten menschlicher Kontakte im geteilten Deutschland“ teuer erkauft. Die Unausge-

wogenheit dieser Politik „zumal im Lichte der Begegnungen von Helsinki“ wurde im Kanzleramt als eine offene Flanke betrachtet: Transpauschale ohne Zweckbindung, Zahlungen zur Autobahnansanierung zu überhöhten Preisen, „geringfügige Verbesserungen im Reiseverkehr“, keine Aussicht auf Beginn der Ausbaubarbeiten der Autobahn Hamburg-Berlin, wenig Hoffnung auf Öffnung des Teltowkanals, der für West-Berlin wichtigen Wasserstraße. Schwere Zwischenfälle an der innerdeutschen Grenze belasteten die Deutschland-Politik im Wahljahr 1976. Der Druck im Kessel DDR stieg. Die öffentliche Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz auf dem Marktplatz in Zeitz im August

und die „Risaer Petition“ im September des Jahres erregten großes Aufsehen. Diese Vorfälle wie auch die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann im November und die Ausweisung des Leiters des ARD-Studios DDR, Lothar Loewe, im Dezember 1976 führten aber zu keiner Änderung der Deutschland-Politik. Die DDR-Führung suchte Sündenböcke und registrierte fassungslos, dass „eine ehemalige Genossin, Arbeiterin aus dem VEB Kunstblume Sebnitz“, von einer Westreise nicht zurückgekehrt war.

Staatssekretär Günter Gaus, Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR, sah keine unmittelbare Gefahr für die „jetzigen bilateralen Beziehungen“, zu denen es ohnehin keine „Alternative“ gebe: „Der von uns seit geraumer Zeit beobachtete und entseparierte nach Bonn berichtete allgemeine Missmut unter der DDR-Bevölkerung ist weiterhin nicht mehr als ein Schwellbrand, der zwar schwer auszutreten ist, aber auch nicht auflodert.“ Gaus, Sozialdemokrat ohne Parteibuch, blieb stets um Schadensbegrenzung bemüht. Pflichtgemäß protestierte er, so auch im „Asylfall“ Kromholz/Schaper. Die Flüchtlinge hatten in der Ständigen Vertretung Zuflucht gesucht und erreichten mit einer Zusage „direkt von Nummer Eins“ ihre Ausreise aus der DDR. Die „amtliche“ Überlieferung aus West und Ost, die der Band nun zusammenfügt, korrigiert die spätere Darstellung von Gaus, die Zusage zur Ausreise unter der Drohung, sein Amt niederzulegen, erwirkt zu haben. Auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976 hatten die deutsch-deutschen Beziehungen keine Auswirkungen. Jedenfalls behauptete sich die sozialliberale Koalition knapp. In ihrer Deutschland-Politik hatte sie den Rat Wehners verinnerlicht, „keinen Streit mit der DDR auszutragen, bei der sie am längeren Hebel sitzt“. Mit seiner Formulierung, es solle „nichts in die Elbe geworfen“ werden, hatte Helmut Schmidt in Helsinki die Politik der Bundesregierung charakterisiert. Dieser Sicht stimmte Honecker ausdrücklich zu; im Gespräch mit Breschnew fiel ihm dann noch etwas anderes ein: „Wir bemühen uns, die Ersatzteile selbst zu beschaffen.“ MARTIN SCHUMACHER

**Dokumente zur Deutschland-Politik.** Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesarchiv. **VI. Reihe/Band 4: 1. Januar 1975 bis 31. Dezember 1976.** Bearbeitet von Hans-Heinrich Jansen und Monika Kaiser in Verbindung mit Daniel Hofmann. R. Oldenbourg Verlag, München 2007. 1065 S., 92,80 €.

## Verblüffende Mischung

Christoph Hörstels Friedensplan für Afghanistan

Was wollen wir eigentlich am Hindukusch? Und was wollen die anderen Nationen dort, die sich an der Operation Enduring Freedom (OEF) und an der International Security Assistance Force (Isaf) beteiligen? Wer kann in Afghanistan als Sprecher für mehr als nur jeweils einen kleinen Teil der Bevölkerung auftreten? Wie lassen sich die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen auf nationaler Ebene ausbalancieren? Wie kann man die Probleme der Gewalt, der Kriminalität, des Drogenhandels und der Korruption abmildern? Solche und noch ein Dutzend mehr Fragen werden von Politikern, Militärs, Journalisten und akademischen Experten, die sich hierzulande mit Afghanistan beschäftigen, seit 2001 debattiert. Jüngstens mit wachsendem Unbehagen. Denn es läuft nicht gut in Afghanistan. Der Schwung und der Optimismus der rot-grünen Koalition bezüglich einer herausgehobenen Rolle Deutschlands beim Aufbau der kriegs- und krisengeschüttelten afghanischen Nation sind längst verfliegen. Was tun?

Drei Optionen bieten sich zur Prüfung an, eine davon schlägt Christoph R. Hörstel vor. Erstens (Regierungspolitik) kann man verdrossen/unverdrossen mit der jetzigen Politik fortfahren, einer Mischung aus Terrorbekämpfung, Krieg gegen die wieder erstarkten Taliban und zivilen Aufbauprojekten. Zweitens (Populismus der Linken sowie einiger politischer Außenseiter) kann man alle Verantwortung für die afghanischen Zustände den Amerikanern in die Schuhe schieben und sich aus Afghanistan herausziehen. Drittens (Hörstel) kann man ein Projekt starten, wonach die verfeindeten afghanischen Parteien mittels einer kräftigen Aufstockung der Entwicklungshilfe erst auf Provinzebene, dann landesweit zur Abkehr von der Gewalt und zum gemeinsamen Aufbau einer „wahren Demokratie“ angeregt werden.

Hörstels Friedensplan für Afghanistan, der – Zitat Egon Bahr auf dem Umschlag – alle Beachtung verdient, ist mit vielen Details über Mediation und Demokratisierung gespickt. Der Autor stellt ihn als einzig gangbaren Ausweg aus der Misere Afghanistans dar. Das ist er aber nur auf dem Papier, denn er verlangt von den Konfliktparteien in einem Ausmaß Verhaltensänderungen, das völlig unrealistisch ist. Wenn man nur die hegemoniestüchtigen Amerikaner von Afghanistan fernhält, dann werden sich alle anderen schon irgendwie einigen, auf dieser Voraussetzung beruht Hörstels Friedensplan. Das ist genau das, was er nun wirklich nicht sein möchte, naiv nämlich.

Alle anderen Kapitel seines Buches, besonders die Schilderung seiner Abenteuerreisen und Begegnungen im Lande seit den achtziger Jahren, dienen im Grunde nur dazu, die eigene Expertise und die eigenen Verbindungen hervorzuheben. Hörstel stilisiert sich dabei als eine Mischung aus Robin Hood und Karl May mit Bart, von seinen afghanischen Gastge-

bern hoch respektiert, dessen Warnungen und Mahnungen in den deutschen Medien gezielt überhört wurden. Dabei fallen auch harsche Worte, vor allem gegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen oder die Stiftung Wissenschaft und Politik, die außenpolitische Denkfabrik der Bundesregierung. Als wirkliche Kenner der Materie gelten ihm nur Peter Scholl-Latour, die Unionspolitiker Gauweiler und Wimmer sowie die Linkspartei. Aus den autobiographisch gehaltenen Teilen des Buches ergibt sich ein zwiespältiges Bild des Autors. Seine Liebe zu Afghanistan und den Menschen dort ist unbezweifelbar, aber nicht frei von kulturellen Romantizismen, politischem Geltungsbedürfnis und außerdem anfällig für Don Quichoterrien wie etwa ein dreiwöchiger Hungerstreik vor dem Abgeordnetenhaus in Bonn.

Diese Mischung verblüfft erst einmal. Auf der einen Seite liest man bedenkenwerte Sätze wie etwa eine harsche Kritik an dem Vorschlag, das Drogenproblem des Landes durch den Verkauf und die anschließende Vernichtung einer ganzen Jahresproduktion von Rohopium zu lösen. Dieser Vorschlag wird so zerrupft, dass nichts von ihm übrigbleibt. Auf der anderen Seite ist man mehr als einmal gehalten, zu denken, dass Hörstels „Friedensplan“ nichts anderes ist als ein Propagandacoup der Taliban und des hier immer nur als guter Onkel erscheinenden Gulbuddin Hekmatyar. Die Kontakte zu den Taliban und Hekmatyars Islampartei sowie zu Mitgliedern von Al Qaida hat Hörstel offenbar über Jahre gepflegt und rühmt sich ihrer. Das tut er allerdings sehr geschickt. Selbstverständlich entschuldigt er nicht die Brutalitäten, die von diesen Gruppierungen begangen wurden und werden. Aber sie werden in seiner Darstellung zu simplen Fehlern, wohingegen die Militärsaktionen von OEF und Isaf als verbrecherisch erscheinen.

Schlimme Unterstellungen, etwa die These, die Amerikaner würden zivile Opfer ihrer Angriffe nicht nur in Kauf nehmen, sondern absichtlich herbeiführen, werden nur angedeutet und bleiben in der Schwebe, sind vielleicht sogar juristisch durchkorrigiert worden. Ein politisches Leitmotiv des Buches ist die Teil-Identifizierung mit islamistischen Gruppierungen. Die geht weit über Empathie hinaus. So gibt es nebenbei Seitenhiebe auf Israel („an die Kandare nehmen“); die palästinensische Hamas kriegt ein Lob, und an einer Stelle seines Buches verweist der Autor mit unverhohlener Freude auf die 4000 im vorigen Jahr zum Islam konvertierten Deutschen. So verflüchtigt sich während der Lektüre mehr und mehr das Bild eines naiven und wegen seiner mangelnden politischen Resonanz verbitterten Afghanistans-Aficionados. An dessen Stelle tritt das düstere Bild eines umtriebigen und politisch hochbewusst kalkulierenden Lobbyisten.

WILFRIED VON BREDOU  
Christoph R. Hörstel: *Sprengsatz Afghanistan*. Die Bundeswehr in tödlicher Mission. Knaur Taschenbuch Verlag, München 2007. 287 S., 8,95 €.

Columbus ist erfolgreich an die Internationale Raumstation angedockt. Astrium hat das beste Labor für die Forschung im Weltraum konstruiert und an die Europäische Weltraumorganisation geliefert. Europa macht damit den Weg frei für neue Entdeckungen zum Nutzen der Menschen auf der Erde und für ihre Zukunft im Weltraum.

**Astrium, Europas Raumfahrtunternehmen Nummer 1.**  
www.astrium.eads.net

# COLUMBUS MISSION ERFÜLLT.

Das beste Forschungslabor im Weltraum.

All the space you need